



**Hennef**  
DER BÜRGERMEISTER

## **Niederschrift**

**über die Sitzung des Ausschusses für Generationen,  
Soziales und Integration**

**am**

<b>Wochentag</b>	<b>Datum</b>
Dienstag	25.06.2019

Sitzung des Ausschusses für **Generationen, Soziales und Integration**  
am 25.06.2019

<b>Übersicht über die gefassten Beschlüsse</b>		
<b>TOP</b>	<b>Beratungsgegenstand</b>	<b>Beschluss Nr.</b>
<b>Öffentliche Sitzung</b>		
1	Beschlussvorlagen	
1.1	Erstellung einer Unterbringungssatzung; Antrag der Fraktion "BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN" vom 09.01.2019	133
2	Anfragen	
3	Mitteilungen	
3.1	Bericht über die Tätigkeit der Ombudsstelle für Flüchtlinge	
<b>Nicht öffentliche Sitzung</b>		
4	Beschlussvorlagen	
5	Anfragen	
6	Mitteilungen	

## N i e d e r s c h r i f t

### Vorbemerkungen

**Beginn:** 17:00 Uhr  
**Ende:** 18:10 Uhr  
**Ort:** Rathaus, Saal Hennef (T3.01), Frankfurter Straße 97, 53773 Hennef  
**Einladungsdatum:** 12.06.2019  
**Nachtragsdatum:** ---  
**Vorsitzende:** Edelgard Deisenroth-Specht  
**Schriftführer:** Torsten Lorenz

### Anwesenheitsliste:

#### Vorsitzende

Deisenroth-Specht, Edelgard SPD

#### stellv. Vorsitzende

Berger, Claudia CDU

#### Ratsmitglieder

Akstinat, Dorothee	SPD	
Dahm, Mario	SPD	
Hartwig, Wolfgang	Die Unabhängigen	
Hauf, Reinhard, Dr.	CDU	
Keuenhof, Elisabeth	CDU	
Krey, Detlef	Die Linke	Vertretung für Herrn Gerd Weisel
Reuter, Thomas	Bündnis 90 / Die Grünen	
Stratmann, Irene	SPD	
Walterscheid, Theo	CDU	

#### sachkundige Bürger/innen

Hauf, Bertram	SPD
Jurgenowski, Heidemarie	SPD
Lagemann, Arndt	CDU
Nosbach, Doris	CDU
Rösel, Ute	CDU
Stahn, Astrid	Bündnis 90 / Die Grünen
Trost, Stephanie	Die Unabhängigen
Vendel, Eva	CDU

Sitzung des Ausschusses für **Generationen, Soziales und Integration**  
am 25.06.2019

**stellv. sachkundige Bürger/innen**

Lausus, Kurt

FDP

Vertretung für Frau Franziska Zillger

**Seniorenvertretung**

Bigge, Gerd, Prof.

Seniorenvertretung

**Von der Verwaltung waren anwesend:**

Bigge, Waltraud

Leiterin des Amtes für soziale Angelegenheiten

Herkt, Martin

Beigeordneter Dezernat IV

Nentwig, Karl-Heinz

Leiter des Amtes für Ordnungsverwaltung und Bürgerzentrum

Steffan, Mira

Mitarbeiterin des Amtes für Kultur, Sport u. Öffentlichkeitsarbeit

Walter, Michael

Erster Beigeordneter

Sitzung des Ausschusses für **Generationen, Soziales und Integration**  
am 25.06.2019

TOP	Beratungsgegenstand	Beschluss Nr.
	<b>Öffentliche Sitzung</b>	
1	<b>Beschlussvorlagen</b>	

Die Ausschussvorsitzende, Frau Deisenroth-Specht (SPD-Fraktion), eröffnete die Sitzung des Ausschusses für Generationen, Soziales und Integration und stellte fest, dass die Einladung ordnungsgemäß erfolgt ist und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Die Ausschussvorsitzende verpflichtete

Herrn Kurt Lausus (FDP-Fraktion)

mit dem Wortlaut:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohl der Gemeinde erfüllen werde.“

Die Verpflichtung wurde mit Handschlag bekräftigt.

Der Ausschuss für Generationen, Soziales und Integration beschloss einstimmig die Tagesordnung in der vorliegenden Form.

1.1	<b>Erstellung einer Unterbringungssatzung; Antrag der Fraktion "BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN" vom 09.01.2019</b>	133
-----	---	-----

Zu Beginn dieses Tagesordnungspunktes hat die Verwaltung das Schreiben von Herrn Prof. Gerd Bigge vom 25.06.2019 an die Ausschussmitglieder verteilt. Dieses Schreiben ist der Niederschrift beigefügt.

Nach angeregter Diskussion und einigen Änderungswünschen hat die Verwaltung vorgeschlagen, die Unterbringungssatzung hinsichtlich der geäußerten Änderungswünsche zu überprüfen und dann in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Generationen, Soziales und Integration wieder einzubringen.

Aus diesem Grund hat der Ausschuss für Generationen, Soziales und Integration einstimmig folgenden abgeänderten Beschlussvorschlag beschlossen:

Der Ausschuss für Generationen, Soziales und Integration nimmt die beigefügte Unterbringungssatzung zur Kenntnis. Die Verwaltung überprüft die im Ausschuss formulierten Anregungen und Empfehlungen. Die Verwaltung wird in der nächsten Ausschusssitzung eine überarbeitete Unterbringungssatzung in die Sitzung einbringen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2	<b>Anfragen</b>	
---	-----------------	--

Die Anfragen der Ausschussmitglieder Wolfgang Hartwig (Fraktion „Die Unabhängigen“) und Detlef Krey (Fraktion „Die Linke“) wurden seitens der Verwaltung beantwortet.

3	<b>Mitteilungen</b>	
---	---------------------	--

Herr Herkt informierte mündlich die Ausschussmitglieder über den Sachstand der Flüchtlinge in Hennef und zum Arbeitskreis Wohnen.

3.1	<b>Bericht über die Tätigkeit der Ombudsstelle für Flüchtlinge</b>	
-----	--	--

Der Ausschuss für Generationen, Soziales und Integration nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Sitzung des Ausschusses für **Generationen, Soziales und Integration**  
am 25.06.2019

	<b>Nicht öffentliche Sitzung</b>	
4	<b>Beschlussvorlagen</b>	

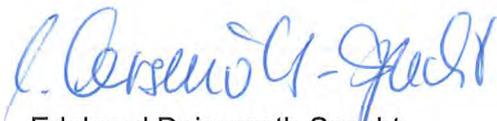
keine

5	<b>Anfragen</b>	
---	-----------------	--

keine

6	<b>Mitteilungen</b>	
---	---------------------	--

keine



Edelgard Deisenroth-Specht  
Vorsitzende



Torsten Lorenz  
Schriftführer



Martin Herkt  
Beigeordneter



Prof. Gerd Bigge  
Willy-Brandt-Platz 21 53773 Hennef  
01783422809 mail@gerdbigge.de

25.06.2019

Herrn Herkt  
Beigeordneten  
Herkt  
Rathaus Hennef

Sehr geehrter Herr Herkt,

ich bin leider erst heute dazu gekommen, TOP 1.1 der Tagesordnung des Ausschusses für Generationen, Soziales und Integration zu lesen; der Entwurf der Satzung der Stadt Hennef über die Unterbringung besonderer Bedarfsgruppen (Unterbringungssatzung) bedarf m. E. einiger Änderungen, die ich hiermit anregen möchte:

1. § 6: In der Überschrift sollte es „Beginn und Ende ....“ heißen, da die Dauer in diesem Gliederungspunkt unwesentlich ist und hierzu auch keine Aussage getroffen wurde. Daher auch in Abs. 3 hinter dem letzten Satz: „....., und endet u.a. durch Tod, Nichtnutzung und Widerruf der Einweisungsverfügung (vgl. § 7).“
2. Absatz 4 sollte nach dem letzten Satz der Hinweis „(vgl. § 7 Abs. 1)“ erfolgen.
3. § 7: Die Überschrift behandelt so drei Dinge, die aber in diesem § nicht alle enthalten sind und so auch so nicht zueinander passen. Besser (auch unter Hinweis auf die Änderung in § 6: „Widerruf und Umsetzung“.
4. Leider - und damit natürlich auch für die Verwaltung schwieriger - ist die Kasuistik dieser in Absatz 2 aufgeführten Tatbestände, die zu einem Widerruf/Umsetzung führen können. Aber dies lässt sich wohl nicht allgemein - vielleicht unter Hinweis auf andere Vorschriften - straffen?
5. Es müsste eine Regelung für Übergangsheime getroffen werden, die von der Stadt angemietet worden sind (angemietete Privatwohnungen): Widerruf, wenn z. B. das Mietverhältnis zwischen der Stadt Hennef und dem Dritten beendet wird.

6. Weiterhin eine Regelung, wenn die Personen als Asylbewerber etc. oder die Aufenthaltsberechtigung, gleich aus welchem Rechtsgrund, verlieren.
7. Gesonderter §: Der Personenkreis sollte verpflichtet werden, der Stadt Hennef über alle Tatsachen, die für den Vollzug dieser Satzung erforderlich sind, Auskunft zu erteilen; dies gilt auch insbesondere für status-und aufenthaltsrechtliche Änderungen, die nach Bezug der Einrichtung eingetreten sind.
8. Überlegung: § 8 Abs. 2 gibt der Ordnungsverwaltung ein umfassendes Recht, die Wohnung zu betreten, d.h. auch während der sog. Nachtzeit (von 22 bis 6 Uhr), die m. E. besonders geschützt ist. Sogar im Rahmen einer Zwangsvollstreckung benötigt der Gerichtsvollzieher nach § 758a ZPO einen sog. Nachtbeschluss, der vom Richter ausgestellt wird. Ist das so korrekt?
9. § 12: In Absatz 3 müsste es konsequent „Gebührensschuldner“ heißen.
10. Ergänzung: „Benutzen mehrere volljährige Personen eine Unterkunft (Wohnung), so haften sie als Gesamtschuldner (§§ 421 ff. BGB).“
11. Absatz 4: „jeweils monatlich im Voraus.“

Mit freundlichen Grüßen,

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'M. G.', written in a cursive style.